

## Der „Wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen!“ - Moment der SPD im Bundestag

Aus dem Protokoll der Regierungsbefragung am 04.03.2026 (Umweltminister Carsten Schneider, SPD):

Karsten Hilse (AfD):

„Vielen Dank, Frau Präsidentin.- Herr Minister, jetzt haben schon drei Abgeordnete der CDU Sie gefragt, ob es sinnvoll ist, diesen nationalen Alleinweg fortzuführen.

Jetzt auch noch mal unter dem Aspekt der horrenden Steigerung der Treibstoffpreise: Wäre es denn nicht richtig, die CO2-Beprei-



### Volleyballturnier der Generation Deutschland

Am Samstag, den 27. Juni 2026 findet erneut das all-jährliche AfD-Volleyballturnier am Stausee Bautzen statt. Wer sich einen Startplatz sichern möchte und/oder keine weiteren Infos verpassen möchte, kann sich bereits jetzt per Mail an [volleyball@generationsachsen.de](mailto:volleyball@generationsachsen.de) anmelden.

sung, die CO2-Steuer, vorerst auszusetzen, um die Bevölkerung zu entlasten?“

Die Antwort des Ministers war wie ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, die aufgrund der hohen Steuer- und Abgabenbelastungen, der hohen Energie- und Kraftstoffkosten immer mehr unter Druck geraten und am Monatsende kaum noch einen Cent in der Tasche haben.

Minister Carsten Schneider (SPD) empfahl den Menschen, sich ein E-Auto zu kaufen. Dann wäre man nicht mehr von den Benzinkosten abhängig. Was für eine Arroganz, was für eine Missachtung gegenüber denen, die sein fürstliches Gehalt bezahlen.

Das Zitat „Wenn sie kein Brot haben, sollen sie doch Kuchen essen.“ wird Marie Antoinette zugeschrieben, obwohl bis heute hochumstritten ist, ob sie es wirklich so sagte. Unumstritten ist, dass die Königsfamilie und der Hofadel vollkommen abgehoben und fernab von den Sorgen und Nöten der einfachen Bevölkerung in Saus und Braus lebten. Sie verachteten das Volk, von dessen Abgaben sie ein fürstliches Dasein genossen.

Und hier ist die Parallele zur heutigen Zeit, die Parallele zu den heutigen Politikern der Altparteien. Wie Gutsherren plündern sie diejenigen aus, die jeden Tag auf Arbeit gehen und am Ende gerade so über die Runden kommen. Sie erfinden immer neue Steuern, um das abgepresste Geld einerseits auf der ganzen Welt zu verschenken, Leute durchzufüttern, die ihrerseits das arbeitende Volk und dessen Art zu leben verachten und um die Interessen der Wind- und Solarlobby durchzusetzen. Nicht selten verdienen diese Politiker mit an diesem Wind- und Solarwahn, der unser Land und unser Volk in den Abgrund stürzt. Und die weitere und entscheidende Parallele ist die Verachtung gegenüber denjenigen, die ihnen ihr Leben abseits der Sorgen des einfachen Volkes erst ermöglichen.

Zurück zur CO2-Steuer:

In der Zwischenzeit fordern mehrere Ministerpräsidenten, unter anderem MP Kretschmer, aber auch Vertreter aus der Wirtschaft, die CO2-Steuer vorübergehend auszusetzen. Wie ehrlich diese Forderungen sind, sei dahingestellt. Allerdings haben wir die Diskussion schon mal in die richtige Richtung gelenkt. Wir als AfD fordern die ersatzlose Streichung der CO2-Steuer für eine dauerhafte Entlastung der Bevölkerung. Deshalb AfD!

Karsten Hilse, MdB

## Die sogenannte Entwicklungshilfe

Ich bin einer von vier AfD-Mitgliedern im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Deutschen Bundestag.

### Was sind die Eckdaten deutscher Entwicklungshilfe und was wird mit dem Geld überhaupt gemacht?

Ganz grundsätzlich bekennt sich die schwarz-rote Regierung ohne Not zu dem sogenannten 0,7%-Ziel der Vereinten Nationen. Dieses stellt eine Verpflichtung wohlhabender Industriestaaten dar, mindestens 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe (Official Development Assistance – ODA) aufzuwenden. Das bedeutet, Deutschland gibt jedes Jahr 30 Milliarden Euro für die Erfüllung der ODA-Quote aus.

Zuständig für Entwicklungshilfe ist in Deutschland vor allem das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter Ministerin Reem Alabali-Radovan (SPD). Im Jahr 2025 betrug der Haushalt des BMZ etwa 10,3 Milliarden Euro, was etwa 2 Prozent des gesamten Bundeshaushalts entspricht. Für 2026 soll der BMZ-Etat circa 10,1 Milliarden Euro betragen. Aus diesem Haushalt werden vor allem „Entwicklungshilfe-Projekte“ finanziert.

„Hilfe zur Selbsthilfe“ war einmal.

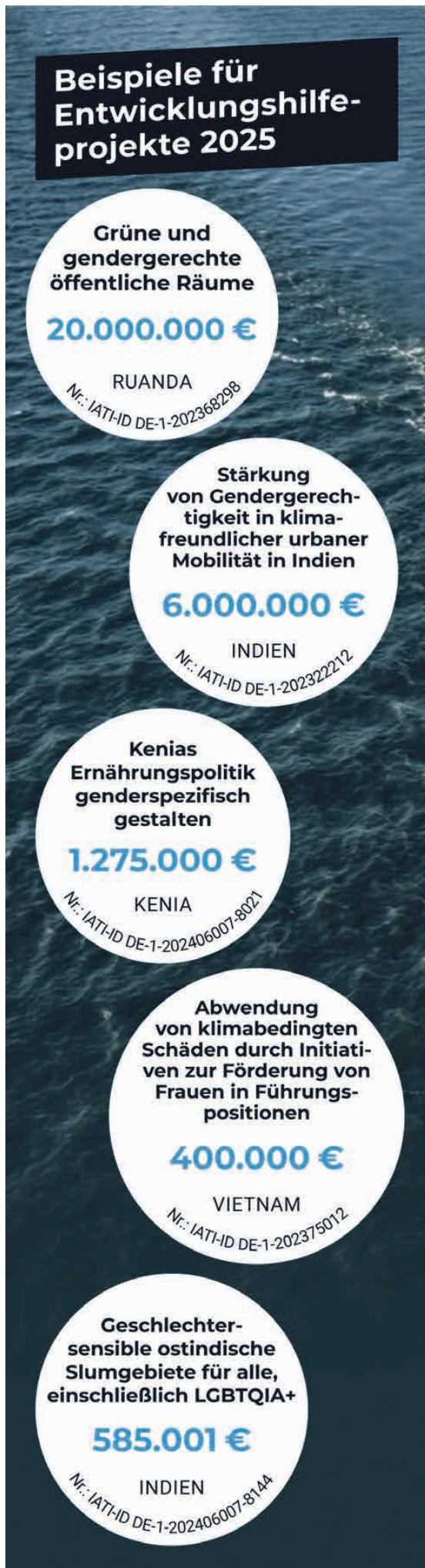
Der theoretisch einst lobenswert gedachte Ansatz ist gänzlich abhandengekommen. In der Praxis dominieren fast nur noch ideologische und praxisferne Projekte, die nichts mit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen zu tun haben.

Indien – ein Land mit einem Wirtschaftswachstum von mehr als 6 Prozent – erhält in den kommenden Jahren noch 6,7 Milliarden Euro Entwicklungshilfe, Afrika insgesamt bekommt 6,5 Milliarden, Afrika südlich der Sahara 1,4 Milliarden, Marokko 2,3 Milliarden, Jordanien 2 Milliarden, Tunesien 1,5 Milliarden, Peru 1 Milliarde, Ägypten 1 Milliarde, usw.

Es ist völlig absurd, wofür Deutschland, ohne jeden Mehrwert für den deutschen Steuerzahler, Geld ausgibt. Projekte wie: Fair-Müllter Frühling im Zwergenland, Menschliche Bienen in China, Die faire Fahrradküche, Bananenduft, Müll reist um die Welt oder Fairmüllte Weihnachtszeit! sind bezeichnend für den gegenwärtigen Entwicklungshilfe-Irrsinn! Auf meiner Internetseite finden Sie dazu eine Weltkarte mit allen Ländern, Projekten und Zahlen.

Dabei gäbe es genügend Ansatzpunkte dafür. Deutschland hat mit verschiedenen Ländern wie zum Beispiel Chile, Brasilien, der Mongolei, Kasachstan oder Usbekistan sogenannte Rohstoffabkommen oder -partnerschaften abgeschlossen. Diese müssen mit Leben gefüllt werden sowie Abkommen mit weiteren Staaten geschlossen werden. **Davon profitieren beide Seiten.** Die deutsche Wirtschaft erhält dringend benötigte Rohstoffe, die Partnerstaaten profitieren von deutschem Knowhow. So sieht wirtschaftliche Zusammenarbeit im besten Sinne aus – 8 Milliarden könnten jedes Jahr gespart werden, um unter anderem die deutschen Steuerzahler zu entlasten und unser Land wieder auf Vordermann zu bringen.

Matthias Rentzsch, MdB



**Beispiele für Entwicklungshilfe-projekte 2025**

- Grüne und gendergerechte öffentliche Räume**  
20.000.000 €  
RUANDA  
Nr.: IATI-ID DE-1-202368298
- Stärkung von Gendergerechtigkeit in klimafreundlicher urbaner Mobilität in Indien**  
6.000.000 €  
INDIEN  
Nr.: IATI-ID DE-1-202322212
- Kenias Ernährungspolitik genderspezifisch gestalten**  
1.275.000 €  
KENIA  
Nr.: IATI-ID DE-1-202406007-8021
- Abwendung von klimabedingten Schäden durch Initiativen zur Förderung von Frauen in Führungspositionen**  
400.000 €  
VIETNAM  
Nr.: IATI-ID DE-1-202375012
- Geschlechtersensible ostindische Slumgebiete für alle, einschließlich LGBTQIA+**  
585.001 €  
INDIEN  
Nr.: IATI-ID DE-1-202406007-8144

## Zum Sozialstaat

Manuel Hagel - CDU-Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen vom 8. März in Baden-Württemberg - meint, die Deutschen müssten wegen der angeblich steigenden Lebenserwartung „irgendwann bis 70 oder länger arbeiten.“ Damit verbreitet er zumindest unwissentlich eine Falschnachricht, denn aktuell ist die Lebenserwartung leicht rückläufig. Nach Hagelscher Logik müsste das Rentenalter somit nicht auf 70 oder mehr steigen, sondern sinken.

Eine weitere CDU-Täuschung besteht darin, uns glauben zu machen, der deutsche Sozialstaat sorge dafür, dass es den Menschen hierzulande besonders gut gehe.

Die Lebenserwartung der Deutschen liegt unter dem europäischen Durchschnitt. Den Älteren geht es nicht besser, sondern schlechter. Zudem müssen die Deutschen das deutlich frühere Renteneintrittsalter in südeuropäischen Staaten mitbezahlen!

Sicher, die Gesundheitsausgaben hierzulande sind besonders hoch – doch sind es auch die Leistungen für die Bürger?

Hier zwei Beispiele: Ein vollmundig beschlossenes Gesetz von 2019 (Kosten für Beitragszahler: Drei Milliarden Euro) sollte die Wartezeit auf Arzttermine verkürzen. Das Ergebnis: Statt bis dahin fünf Wochen muss man nun sechs Wochen und mehr auf den Besuch beim Facharzt warten.

Mit - im Schnitt - 800 Euro monatlich bezahlen die Deutschen EU-weit die höchsten Krankenkassenbeiträge. Für welche Versorgung? Der CDU-Wirtschaftsrat jedenfalls ist der Meinung, der Zahnarztbesuch sei zukünftig aus eigener Tasche zu zahlen.

Apropos Zahnarzt: Wussten Sie, dass hier in Deutschland eine echte Zwei-Klassen-Medizin besteht? Während Kassenpatienten beim Zahnersatz 25-40% privat zuzahlen, bekommen arbeitsunwillige, selbst ausreisepflichtige Migranten diesen komplett bezahlt!

**Das** ist CDU-Politik. Einerseits arbeiten bis zum Umfallen – andererseits wird Krankheit Privatsache. Sollten Sie (was nicht zu hoffen ist) zum Pflegefall werden, wird Ihr monatlicher Eigenanteil von 3.000 Euro fällig.

Die AfD stellt sich als **einzige** Partei der Demontage des deutschen Sozialstaats entgegen.

Unter unserer Regierung wird es zu einer kompletten Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik kommen. Wirtschaftswachstum, günstige Energie, Steuersenkungen, familienfreundliche Politik und Beendigung der Masseneinwanderung werden dabei zu unseren Markenzeichen.



Ich verspreche Ihnen: Die AfD ist regierungsfähig. Und wenn wir regieren, stellen wir vom ersten Tag an die Sorgen und Nöte, das Wohl unserer Bürger in den Mittelpunkt – das ist der entscheidende Unterschied zur CDU!

Jörg Urban, Mdl

## Sieg für die AfD und die Demokratie

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) darf die Alternative für Deutschland (AfD) bis zum Abschluss des beim Verwaltungsgericht Köln anhängigen Hauptsacheverfahrens in erster Instanz, nicht als gesichert rechtsextremistische Bestrebung einstufen und behandeln. Auch die öffentliche Bekanntgabe einer solchen Einstufung muss das BfV vorläufig unterlassen. Dies hat das Verwaltungsgericht Köln mit Beschluss vom 26. Februar 2026 entschieden und damit einem Eilantrag der AfD im Wesentlichen stattgegeben.

Dazu erklärt der Bautzener AfD-Kreisvorsitzende Frank Peschel:

„Ich begrüße das Urteil sehr, weil es einerseits zeigt, dass jedwede Brandmauerpolitik gegen die AfD scheitert und andererseits ist es ein Zeichen an all unsere Mitglieder: wir sind freiheitlich-konservativ, aber keine Extremisten. Ohne uns wird man in nächster Zeit keine Politik mehr machen können, sondern nur noch mit uns gemeinsam. Ich gehe davon aus, dass wir nach dem Urteil einen steigenden Mitgliederzuwachs im Kreisverband Bautzen haben werden und wieder deutlich mehr Mitglieder begeistern können, politische Verantwortung zu übernehmen. Dies war bislang oft nicht möglich, da viele Angst vor beruflichen Nachteilen und gesellschaftlicher Ächtung hatten. Diese Zeit ist endlich vorbei.“



## Deutschlandliebe



Allein dieses Wort genügt – und irgendwo reagiert sofort jemand empfindlich. Als müsste man sich direkt erklären.

„Nein, nein, ich bin weltoffen.“

„Nein, das ist nicht politisch gemeint.“

„Nein, ich bin kein Nationalist.“

Es ist bemerkenswert, wie wir uns beinahe entschuldigen, wenn wir sagen, dass wir unser Land mögen.

Ich muss keine Fahne schwenken, um dennoch ein Gefühl von Stolz zu empfinden, wenn ich die schwarz-rot-goldene Flagge sehe.

Und ich muss niemanden abwerten, um meine Heimat zu schätzen.

Ich liebe unsere Wälder und Flüsse, unsere Städte und kleinen Dörfer.

Unsere Sprache, unsere Kultur und unsere Traditionen.

Die besondere Atmosphäre auf einem Dorffest.

Den Duft von frisch gebackenem Brot.

Die Weihnachtsmärkte im Winter, das Oktoberfest, Musik, Feste und das Miteinander.

Deutschland zu lieben bedeutet nicht, andere Länder schlechtzureden.

Es heißt auch nicht, Europa abzulehnen.

Und doch haben wir uns angewöhnt, bei dem Begriff „Deutschlandliebe“ sofort an Enge zu denken.

An Ausgrenzung.

An politische Parolen.

Vielleicht liegt das eigentliche Problem gar nicht im Wort selbst, sondern darin, wie unsicher wir inzwischen damit umgehen.

Warum ist es selbstverständlich, griechisches Essen zu lieben, italienische Mode zu bewundern oder skandinavisches Design zu feiern? Aber sobald jemand sagt „Ich liebe Deutschland“, bekommt das plötzlich einen ideologischen Beigeschmack?

Deutschlandliebe ist kein politischer Kampfbegriff.

Sie ist ein Gefühl der Verbundenheit.

Verbundenheit mit dem Land, in dem man aufgewachsen ist, mit seiner Geschichte, seiner Kultur und den Menschen, die hier leben.

Ich liebe meine Heimat.

Nicht, weil sie besser ist als andere, sondern weil sie meine ist.

Doreen Schwietzer, Mdl

## Jedes fünfte Kind in Deutschland kommt laut IGLU-Studie hungrig zur Schule

Hunger raubt Konzentration, verschlechtert Bildungschancen und nimmt Kindern Zukunftsperspektiven. Das darf ein wohlhabendes Land wie Deutschland nicht akzeptieren. Andere Bundesländer zeigen längst, dass Entlastung für Familien möglich ist:

Berlin: Kita seit 2018 vollständig beitragsfrei

Bremen: Keine Kita-Beiträge ab dem 3. Lebensjahr

Hamburg: Bis zu 5 Stunden täglich kostenfreie Betreuung

Mecklenburg-Vorpommern: Seit 2020 vollständige Beitragsfreiheit für Krippe, Kita, Hort und Tagespflege

Brandenburg: Seit August 2024 beitragsfrei ab dem 3. Lebensjahr bis zur Einschulung.

Ein besorgter Bürger wandte sich an uns und schilderte, wie stark die aktuellen finanziellen Belastungen viele Familien treffen. Steigende Kosten schränken die Lebensqualität ein und erschweren es Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren. Besonders die großen Unterschiede zwischen den Bundesländern werden von vielen als ungerecht empfunden.

Wir setzen uns deshalb für starke Familien in Sachsen ein:

- Beitragsfreie Kitas
- Finanzielle Entlastung für Eltern und Kommunen
- Gesundes und kostenfreies Mittagessen in Kitas und Grundschulen
- Deckelung der Elternbeiträge

Doch während viele Familien jeden Euro zweimal umdrehen müssen, hört man aus der sächsischen Staatsregierung ganz andere Töne.

Wenn sich SPD-Sozialministerin Petra Köpping bei Markus Lanz hinsetzt und erklärt, für ein kostenfreies Mittagessen sei kein Geld vorhanden, weil man dafür bei linken Vereinen und Asylbewerbern sparen müsse, dann stellt sie hunderttausende hart arbeitende Eltern faktisch als Bürger zweiter Klasse dar. (Quelle: Sendung der ZDF-Talkshow „Markus Lanz“ vom 28. Oktober 2025)

Das empört mich zutiefst!

Mit solchen Aussagen macht sich Petra Köpping selbst zur Ministerin für soziale Ungerechtigkeit.

Die AfD steht für soziale Gerechtigkeit. Wer fleißig arbeitet und Kinder hat, verdient Unterstützung. Ein kostenfreies Mittagessen wäre deshalb ein wichtiger erster Schritt. Es würde vor allem den vielen Leistungsträgern unserer Gesellschaft helfen, denen nach Abzug von Steuern, Miete und Tankfüllung kaum noch etwas für Freizeit oder Familie bleibt.

Die Essensversorgung pro Kind kostet bis zu 7 Euro pro Tag. Wer zwei Kinder hat, zahlt schnell bis zu 300 Euro im Monat allein für das Mittagessen.

Trotz Widerständen bleiben wir als AfD in Sachsen dran. Denn gleiche Chancen für Kinder dürfen kein Wohnort-Lotteriespiel sein.

Die AfD-Fraktion brachte dazu am 11.11.2025 einen Antrag in den Sächsischen Landtag ein (Drs. 8/4829). Dieser Antrag für mehr Entlastung von Familien und ein kostenfreies Mittagessen für Kinder, wurde durch die Mehrheit von CDU, BSW, SPD, Grünen und Linken im Sächsischen Landtag am 03.12.2025 abgelehnt.

Doreen Schwietzer, Mdl



Liebe Leser,  
mit atemberaubender Geschwindigkeit steigen die Preise an den Zapfsäulen in Deutschland. Grund ist der am 28.02.2026 begonnene Irankrieg. Hier macht sich der deutsche Alleingang mit der CO2-Bepreisung besonders bemerkbar, während in Polen und Tschechien die Preise moderat steigen und teilweise 40 Cent unter den deutschen Kraftstoffpreisen liegen. Diese Länder entlasten ihre Bürger statt sie zu schröpfen. Die hohen Energiepreise des deutschen Alleingangs einer verfehlten Energiepolitik wird sich auf alle Lebensbereiche auswirken. Heizen wird sehr teuer. Die Fahrt zur Arbeit nicht mehr bezahlbar. Hohe Energiepreise schlagen sich bei den Transportkosten nieder und verteuern alle Waren. Energieintensive Unternehmen kommen an ihre Grenzen, Waren sind im internationalen Maßstab nicht mehr absetzbar auf Grund des Preises, schlimmstenfalls dro-

hen Insolvenz und Arbeitslosigkeit. Die von politischen und ideologischen Fehlentscheidungen geprägte Klima- und Energiepolitik der Altparteien schlägt mit voller Wucht durch. Alles hausgemachte Probleme, die da wären:

- Gas und Öl aus Russland verboten.
  - Flüssigerdgas (LNG) aus USA sehr teuer.
  - Voll funktionstüchtige Atomkraftwerke gesprengt.
  - Ideologischer Schnellausstieg aus der Braunkohleverstromung ohne Alternativen.
- Ich fordere den Weiterbetrieb der Kohlekraftwerke bis zum Ersatz durch andere grundlastfähige Kraftwerke.

Ein Umsteuern ist mit den Altparteien derzeit nicht in Sicht. Eine Änderung wird es daher nur mit der AfD geben. Dann kann man eben nicht das Geld mit vollen Händen in das Ausland verschenken. Zuerst hat eine Regierung deutsche Interessen zu vertreten. Die heißt bezahlbare Energie!



Ich fordere daher als Sofortmaßnahme die Abschaffung aller Ideologiesteuern auf Energieträger! Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Ländern, die uns preiswert Energie liefern können.

*Timo Schreyer, Mdl*

## Bernsdorfer Stadtrat Lutz Härtner tritt zur Bürgermeisterwahl an

Der Kreisverband Bautzen stellte am 7. März 2026 für die Bürgermeisterwahl in Bernsdorf ihren Kandidaten auf. Der parteilose Lutz Härtner, der bereits für die AfD im Stadtrat in Bernsdorf sitzt, wird am 31. Mai 2026 seinen Hut in den Ring werfen.

Der 56-jährige Familienvater tritt mit dem klaren Versprechen an, ein „Bürgermeister für alle“ zu sein.

Lutz Härtner ist in der Gemeinde tief verwurzelt und durch sein jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement bestens vernetzt. Als langjähriger Kamerad der Freiwilligen Feuerwehr in Wiednitz kennt er den Wert von Kameradschaft und Einsatzbereitschaft für das Gemeinwohl.

Sein Herz schlägt zudem für den Sport: Als erfahrener Fußballtrainer hat er über viele Jahre hinweg Verantwortung für die Jugend übernommen und den Teamgeist in der Region gestärkt.

Er betont die strategische Bedeutung seiner Kandidatur für die gesamte Gemeinde. Da die AfD im Kreistag des Landkreises Bautzen die stärkste Kraft darstellt, sieht er sich in der Lage, Bernsdorf auf Kreisebene eine deutlich kraftvollere Stimme zu verleihen.

Sein Fokus liegt auf Bernsdorf und allen Ortsteilen (Wiednitz, Straßgräbchen, Großgrabe und Zeißholz).

Seine Kernanliegen sind:

- Verkehrssicherheit
- Vernünftige Haushaltspolitik
- Infrastruktur & Sicherheit
- Bürgernähe

Unter dem Motto „Härtner hört hin“ wird der Kandidat ab dem 25. März 2026 in allen Ortsteilen präsent sein, um seine Kraft für ein starkes Bernsdorf persönlich vorzustellen und mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen.



Alle Termine finden Sie unter [www.afd.bautzen.de](http://www.afd.bautzen.de).

Wenn Sie unseren Kandidaten unterstützen wollen, jede noch so kleine Spende hilft:

AFD Kreisverband Bautzen  
IBAN: DE16850503000225785552

Zweck: Wahlkampf Lutz Härtner

*Ines Kanzler, Kreisverband Bautzen*

### Bürgersprechstunden Doreen Schwietzer, WK 55 – Hoyerswerda:

29.4.2026 16 - 18 Uhr  
27.5.2026 16 - 18 Uhr  
1.7.2026, 15 - 19 Uhr (mit Grillen)

Wahlkreisbüro Hoyerswerda  
Dietrich-Bonhoeffer-Str. 7  
02977 Hoyerswerda

## Der Weg zu neutralen Medien?

Eine neue Zeitung, die Ostdeutsche Allgemeine, tritt an, die Dominanz der überwiegend in westdeutscher Hand befindlichen Großverlage herauszufordern. Sie will ostdeutsche Perspektiven sichtbar machen, ohne in Ostalgie abzurutschen. Vielleicht eröffnet sich damit die Chance auf eine ausgewogenere Berichterstattung.

Die Erstausgabe erschien am 20.02.2026, zunächst nun wöchentlich, jeweils freitags in gedruckter Form. Das Medienportal Meedia bewertet die Neuerscheinung mit: „Ostdeutsche Allgemeine Zeitung“ provoziert vom Start weg“.

Vorsicht Freiheit - Wir bleiben aufmerksam.

*Timo Schreyer, Mdl*



## Alles Nazi oder was?



Zwei alte Bekannte, Herr A. und Herr G., treffen sich zufällig.

Herr G. sagt, will doch die AfD ihren nächsten Bundesparteitag am 3. und 4. Juli in Erfurt veranstalten, Thüringen, Höcke usw., na Sie wissen schon. Und das genau 100 Jahre nach dem NSDAP-Reichsparteitag 1926 in Weimar! Da ist es gut, dass Politiker von CDU, SPD und Historiker mit Empörung reagieren. Eine CDU-Funktionärin äußert sich: „Die bewusst gewählte Parallele zeigt wieder einmal, was Geistes Kind die AfD ist.“ Der Historiker Jörg Ganzenmüller spricht von einem bewussten symbolischen Akt, mit dem die AfD ein Signal der Verbundenheit an die rechtsextreme Szene sende.

Herr A. entgegnet gelassen: Schauen wir uns doch einmal die Events der anderen Parteien an. Die CDU veranstaltete am 20. und 21. Februar 2026 ihren Parteitag in Stuttgart. Dieser fiel genau 70 Jahre später in die Zeit des XX. Parteitags der KPdSU, der von 14. bis 25. Februar 1956 in Moskau stattfand. Hat hier die CDU bewusst eine Parallele gezogen, um zu zeigen, wessen Geistes Kind sie ist? Auf dem KPdSU-Parteitag rechnete Chruschtschow mit dem Stalinismus ab. Augenzeugen berichten, dass Delegierte deshalb geweint haben, andere sind in Ohnmacht gefallen. Bei der CDU weinte keiner, in Ohnmacht gefallen ist niemand und eine Abrechnung gab's auch nicht. Im Gegenteil: Frau Merkel wurde mit Standing Ovation empfangen. 1982 fand vom 19. bis 23. April der 20. ordentliche Parteitag der SPD statt. Darin fiel am 20. April der 93. Geburtstag von Adolf Hitler! Und ausgerechnet in München tagten die Genossen, in der nationalsozialistischen „Hauptstadt der Bewegung“. Hat bei München auch keiner an Strauß gedacht? Ein 1974er Zitat von ihm gefällig? „Was wir hier in diesem Land brauchen, sind mutige Bürger, die die roten Ratten dorthin jagen, wo sie hingehören: in ihre Löcher.“ Sendete die SPD hier ein Signal der Verbundenheit an die rechtsextreme Szene oder an die linksextreme Szene? Die Linken sehen sich ja als Sozialisten, und die Nazis waren ja auch Sozialisten, sozusagen nationaler Art. Der jüngste Landesparteitag der bayrischen Grünen fand 2025 in Erlangen statt, 20 Kilometer von Nürnberg entfernt, der Stadt der NSDAP-Reichsparteitage ab 1927. Hat man diese geographische Kontaktschuld in grünen Kreisen nicht erkannt oder gar ignoriert? Fragen über Fragen. Der Vorsitzende der Grünen, Felix Banaszak, sagte vor ein paar Tagen im Podcast von Paul Ronzheimer, die AfD stehe in einer Traditionslinie mit den Nationalsozialisten. Das Gleiche würde er vielleicht auch über Strauß sagen, über Boris Palmer oder über den Weihnachtsmann. Es ist inzwischen sehr vielen bewusst, dass „Nazi“ ein Sammelbegriff für alle ist, die nicht an den Sieg des grünen Sozialismus glauben, sondern sie sollen mit allen zur Verfügung stehenden fieseren Mitteln diffamiert, ausgegrenzt und verboten werden.

Oh, sagt Herr G. und erleicht (nach B. Brecht).

Jürgen Mädler

## SPD-Ministerin verschweigt Linksextremismus und verunglimpft die Oberlausitz



Das Beratungsnetzwerk des Demokratiezentrum Sachsen hat eine neue Anlaufstelle in der Löbauer Straße 17 in Bautzen eröffnet. Sie bietet Beratung und Unterstützung für Betroffene rechtsmotivierter, rassistischer und antisemitischer Gewalt. SPD-Staatsministerin Köpping begrüßt das Projekt, welches auch mit Steuergeld aus ihrem Ministerium finanziert wird.

Dazu erklärt Frank Peschel, AfD-Landtagsabgeordneter:

„Während Arbeitnehmer Angst um ihre Arbeitsplätze haben, Unternehmen in Insolvenz gehen und die Lebenshaltungskosten für die Menschen steigen, verschwendet die Ministerin das Geld für ein weiteres fragwürdiges „Demokratie-Projekt“ in der Oberlausitz. Es zeigt einmal mehr, wie wenig Gespür eine linke Ministerin für unsere Region hat und diese einfach öffentlich verunglimpft und stigmatisiert. Anstatt sich gegen jede Form von Extremismus auszusprechen, verschweigt die SPD-Ministerin den Linksextremismus. Sie handelt einseitig und relativiert damit auch die nicht aufgeklärten linken Terroranschläge gegen Hentschke Bau oder dem „Outing“-Fall in Görlitz.“

Ich fordere Sachsens Sozialministerin Köpping öffentlich auf, sich auch gegen linksmotivierte Gewalt zu positionieren, sich für ihre Stigmatisierung einer ganzen Region zu entschuldigen und die neue Anlaufstelle wieder zu schließen. Die Oberlausitz ist nicht rechtsextrem, sondern stark freiheitlich-konservativ, wie die Wahlergebnisse belegen.“

Frank Peschel, MdL

## Verteilung der 50.000 Euro Überschussmittel der KSK Bautzen

Die geplante Vergabe von 50.000 Euro aus dem Überschuss der Kreissparkasse Bautzen wird derzeit in den Kreistagsfraktionen diskutiert. Ziel der vorgesehenen Verteilung ist es, die Mittel transparent, nachvollziehbar und unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes einzusetzen.

Vor dem Hintergrund von mehr als 300 eingegangenen Förderanträgen ist eine breit gestreute Vergabe sachlich geboten. Das vorgeschlagene Punktesystem, das sich an den demokratisch legitimierten Mehrheitsverhältnissen der Fraktionen im Kreistag orientiert, stellt sicher, dass auch in dem Fall der Wählerwille angemessen Berücksichtigung findet und möglichst viele Vereine und Initiativen im Landkreis unterstützt werden können.

Kritik an diesem Verfahren wurde von der Fraktion Die Linke öffentlich auf deren Homepage geäußert. Unter anderem wird gefordert, den gesamten Betrag für ein einzelnes Projekt im Rahmen einer möglichen Neuauflage des Programms „Partnerschaft für Demokratie“ zu verwenden. Für dieses Programm wurde nach Angaben beteiligter Träger ein Finanzbedarf von rund 600.000 Euro benannt.

Unabhängig von der politischen Bewertung einzelner Programme ist festzuhalten, dass die zur Verfügung stehenden 50.000 Euro Überschussmittel weder geeignet sind, einen derartigen Finanzbedarf abzudecken, noch dem Grundsatz einer gleichmäßigen und fairen Förderung entsprechen würden. Eine vollständige Konzentration der Mittel auf ein einzelnes Projekt würde zahlreiche andere Antragsteller von vornherein ausschließen.

Gerade in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte kommt der ehrenamtlichen Vereinsarbeit im Landkreis eine besondere Bedeutung zu. Vereine im sportlichen, kulturellen und sozialen Bereich leisten einen wesentlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Auch kleinere Förderbeträge können hier eine wichtige unterstützende Wirkung entfalten.

Aus meiner Sicht ist daher eine ausgewogene Verteilung der Überschussmittel auf möglichst viele Antragsteller der sachlich richtige und gerechte Weg.

Claus Kleinert, AfD-Kreisrat in Bautzen

# Sichtbare Identität und das „Nein“ zur Dauerbeflaggung in Wittichenau

Es ist eine Entscheidung, die ratlos macht: Der Stadtrat von Wittichenau hat sich gegen die Dauerbeflaggung mit der deutschen, der sächsischen und der sorbischen Flagge entschieden. Während man sich andernorts um Sichtbarkeit und regionale Identität bemüht, bleiben die Fahnenmasten vor unserem Rathaus im Alltag leer.

Man fragt sich: Wovor hat der Stadtrat eigentlich Angst? Der Stadtrat übergibt dem Bürgermeister die Entscheidungsgewalt über die Beflaggung. Ist hier wirklich im Sinne der Bürger entschieden worden?

Dabei zeigt der Blick in die Nachbarschaft, dass es auch anders geht. Der Kreistag Bautzen hat bereits im Juni 2025 mit großer Mehrheit beschlossen, an seinen Verwaltungsstandorten in Bautzen und Kamenz sowie an kreiseigenen Schulen dauerhaft Flagge zu zeigen. Auch andere Gemeinden in der Region haben diesen Schritt längst vollzogen: In Neukirch/Lausitz, Bischofs-

werda, Malschwitz, Königsbrück etc. etwa, gehört die ständige Beflaggung bereits zum Ortsbild und unterstreicht das Bekenntnis zur Heimat. Dass sich Wittichenau nun explizit gegen diesen Trend stellt, verwundert mich.

Die Flaggen der Bundesrepublik, unseres Freistaates und des sorbischen Volkes sind keine bloße Dekoration, die man nur zu festlichen Anlässen aus dem Schrank holt. Sie sind Symbole unserer Werte, unserer Geschichte und – gerade hier in der Oberlausitz – unseres einzigartigen Miteinanders von Deutschen und Sorben. Ein Rathaus, das dauerhaft Flagge zeigt, signalisiert Selbstbewusstsein und Beständigkeit.

Wer die Kosten für die Instandhaltung oder bürokratische Vorschriften als Argument vorschiebt, verkennt die symbolische Kraft, die von diesen Farben ausgeht. In Zeiten, in denen Identität und Zusammenhalt immer wieder neu verhandelt werden, wirkt das

„Nein“ zur Dauerbeflaggung wie ein Rückzug ins rein Sachliche, wo eigentlich ein Bekenntnis zur Heimat gefragt wäre.

Die Entscheidung des Landkreises Bautzen sollte uns als Vorbild dienen. Wenn der Kreis zeigt, dass die logistischen Hürden überwindbar sind, warum scheitert es dann in Wittichenau? Gerade als Zentrum der zweisprachigen Lausitz sollte unsere Stadt den Mut haben, jeden Tag sichtbar zu seinen Wurzeln zu stehen.

Liebe Mitbürger, wie sehen Sie das? Ist es zeitgemäß, die Symbole unserer Heimat nur an wenigen Tagen im Jahr zu zeigen?

Wir sollten diese Entscheidung nicht einfach schweigend hinnehmen. Diskutieren Sie mit! Schreiben Sie mir Ihre Meinung an [doehler-lutz@freenet.de](mailto:doehler-lutz@freenet.de)!

Lutz Döhler,

Stadtrat der AfD in Wittichenau

## Wo drückt der Schuh in Bautzen?

Diese Frage stellen sich in Bautzen die Stadtverbände der CDU, SPD, Linke, Grüne und wollen dies über einen Infostand erfahren. Werte Stadtpolitiker der genannten Parteien, wenn Sie dies nach

35 Jahren Stadtpolitik nicht wissen, dann schauen Sie einfach einmal über die Brandmauer. Gehen Sie auf den Bürger zu, sprechen Sie auch mit denen, die nicht Ihrer Meinung sind. Viele Bürger berichten uns das eben nicht zugehört wird, sondern eher versucht wird, zu überzeugen.

Uns überzeugen z.B. Bürger welche sagen, Straßen, Fuß- und Radwege müssen in Ordnung sein, bevor wir über ein „Reichtor“ sprechen. Vielleicht gehen sie auch einmal ins „enjoy“, und hören sich an wie ein Familienbetrieb von Teilen der Stadtverwaltung unter Druck gesetzt wird.

Selbstverständlich haben wir dann bei diesen Gesprächen auch die Möglichkeit unseren Überzeugungen Ausdruck zu verleihen. Kindergärten in denen pädagogischer Mehrbedarf besteht, zum Bsp. an sozialen Brennpunkten, sollen mit freiwilligen Mitteln der Stadt gestärkt werden. Eine Finanzierung mit der „Gießkanne“ und Gleichmacherei verkleinern hier unserer Meinung nach nur den finanziellen Spielraum. Nein, es wird bei uns nicht nur gemeckert, es gibt auch positives. Wir freuen uns das wir mit unserem Antrag und dessen Zustimmung im Stadtrat die Sanierung der Finnhütten im Schullandheim Burk finanziell ermöglichen konnten. Unterstützung im Stadtrat fanden auch der Neubau der Turnhalle Allende Oberschule, Gespräche zur Entwicklung der ehemaligen Gießerei an der Jordanstraße und der Grundsatzbeschluss zum Bau einer neuen Dreifeldhalle. Darüber freuen wir uns.

Ralph Nitschke, Stadtrat Bautzen

PS: In der nächsten Ausgabe werden wir uns der Sanierung der Friedensbrücke und dem Ausbau der Vorkreuzung zuwenden.



**14.00 – 17.00 Uhr**

**9. April 2026**  
Wahlkreisbüro Bautzen, Postplatz 1

**7. April 2026**  
Wahlkreisbüro Hoyerswerda, Spremberger Straße 11

**8. April 2026**  
Wahlkreisbüro Kamenz, Klosterstraße 4

**KARSTEN HILSE** MdB  
ostdeutsch und stolz drauf!

**BÜRGERSPRECHSTUNDEN**  
Karsten Hilse, MdB

AfD

### Impressum:

Kreisverband Bautzen  
vertr. d. d. Vorstandsvorsitzenden Frank Peschel  
Postplatz 1, 02625 Bautzen, Tel.: 03591 5328336  
[info@afdbautzen.de](mailto:info@afdbautzen.de), [www.afdbautzen.de](http://www.afdbautzen.de)

Druck: Druckhaus Scholz GmbH  
Pforzheimer Platz 8, 02977 Hoyerswerda

Alternative  
für  
Deutschland

## Kreisverband Bautzen wählt Landesdelegierte

Am Sonnabend, den 7. März 2026 versammelte sich der AfD-Kreisverband Bautzen, um die Delegierten zu Landesparteitagen für die nächsten zwei Jahre zu wählen.

Über 70 Mitglieder trafen sich bei strahlendem Sonnenschein im Bautzener Hotel Residence.

Unser bereits bewährter und beliebter Versammlungsleiter Sebastian Wippel aus dem benachbarten Kreisverband Görlitz, führte wie immer souverän durch die Versammlung.

Die Mitglieder wählten auf dem wieder einmal hervorragend organisierten Parteitag 29 Landesdelegierte, sowie 14 Ersatzdelegierte. Damit können wir eine starke Delegation aus unserem Kreisverband zu den Landesparteitagen entsenden. Die erste Gelegenheit dafür ist der Landesparteitag am 28./29. März 2026 in Löbau, wo u.a. der Landesvorstand neu gewählt wird.

Frank Peschel, unser Kreisvorsitzender, gab bekannt, daß er in Löbau für den Landesvorstand kandidieren wird. Wir wünschen ihm dafür viel Erfolg.

Viel Erfolg wünschen wir übrigens auch Sebastian Wippel, der am 10. Mai 2026 bei der Görlitzer Oberbürgermeisterwahl als Kandidat der AfD ins Rennen geht.

Das Jahr 2026 wird auch in anderen Bundesländern ein spannendes Wahljahr. Baden-Württemberg Anfang März war leider kein Vorbild. Richtungsweisend werden die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (20.9.2026) und in Sachsen-Anhalt (6.9.2026).



Wir als Kreisverband wollen vor allem den Wahlkampf im benachbarten Sachsen-Anhalt unterstützen. Wer Interesse hat, mal einen Tagesausflug mit uns zu machen und beim Verteilen von Flyern zu helfen, kann sich gerne bei uns melden. Bei genügend Interesse werden wir einen Bus mieten und gemeinsam nach Sachsen-Anhalt fahren.

Auf der Webseite [www.vision2026.de](http://www.vision2026.de) kann man sich auch selbst anmelden, wenn man z. B. einige Tage länger bleiben will.

*Ines Kanzler, Kreisverband Bautzen*

## AfD ist sich im Oberland einig

Stadt- und Gemeinderäte der AfD aus dem Oberland trafen sich und besprachen die Situation zum „Grundzentralen Verbund Oberland“. Allen Teilnehmern war es wichtig, sich über die Gemeindegrenzen hinweg auszutauschen und einen gemeinsamen Wissensstand zu erarbeiten. Dabei sind sich alle einig: Es muss gemeinsam zum Wohle des Oberlandes gehandelt werden.

Bei zukünftigen Entscheidungen des „Grundzentralen Verbund Oberlausitz“ wird gefordert, dass ein Vertreter des regionalen Planungsverbands Oberlausitz-Niederschlesien zu den Treffen der Arbeitsgemeinschaft „Grundzentralen Verbund Oberlausitz“ eingeladen wird und seine Fachexpertise bei Bedarf einbringen kann.

Aus Sicht der AfD Stadt- und Gemeinderäte müssen Änderungen im Vertrag des Grundzentralen Verbundes vorgenommen werden. Zudem müssen sich alle Gemeinden an die jetzigen Inhalte des Vertrages halten und diese auch dementsprechend so leben.

Landtagsabgeordneter: Frank Peschel

Schirgiswalde-Kirschau: Stefan Lehmann

Neukirch: Dominik Hampel

Wilthen: Ronny Michler

Sohland: Jörg Poremba und Peter Dittrich



(Foto: Frank Peschel, fertiggestellter Edeka-Neubau in Schirgiswalde)



**Spendenkonto:** Alternative für Deutschland . KV Bautzen  
Bank: OSK Dresden . IBAN: DE16 8505 0300 0225 7855 52  
Betreff: Spende Kreisverband Bautzen